Die baselstädtische Finanzwende 1978

Autor(en): Hanspeter Bertschmann

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1978

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/b4977e9d-2eb4-4854-8ed4-4ffdaa4a0244>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Hanspeter Bertschmann

DIE BASELSTÄDTISCHE FINANZWENDE 1978

Eine sicher markante Zwischenstation in der Betrachtung der heutigen Finanzwende – sofern sie als solche überhaupt bezeichnet werden darf – stellt die Staatsrechnung für das Jahr 1972 dar. Zwei bemerkenswerte Tatsachen prägen das Gesicht dieser Staatsrechnung. Die Brutto-Ausgaben überstiegen erstmals die Milliardengrenze:

1966	473,9	1970	777,9
1967	534,0	1971	905,7
1968	590,9	1972	1072,6
1969	657,2		

Zudem erreichte das Defizit unseres Stadtkantons eine erstmalige und einsame Höhe: 182 Millionen Franken.

Diese Tatsache, verbunden mit der Abwanderungsbewegung aus unserer Stadt, führten schliesslich zu einer Neubesinnung und zu einem Überdenken der Situation. Dazu kam aber auch die sich in der Wirtschaft bemerkbar machende Rezession, die den Glauben an eine sich stets entwickelnde Zukunft erschüttern liess.

So setzte sich die Regierung u. a. zum Ziel, bis spätestens 1980 eine dauerhafte, ausgeglichene Rechnung zu erhalten. Einer weiteren Verschuldung unseres Staatswesens wurde danach der Kampf angesagt, und nur drei Ausnahmen fanden Gnade:

- Vorausinvestitionen
- krisenbedingte Aufwendungen
- unmittelbar einen Ertrag abwerfende Geldanlagen.

Als Vorausinvestitionen sind Erschliessungsprojekte zu nennen, die sich im Hinblick auf ein gesamtwirtschaftliches Wachstum rechtfertigen lassen und an welchen auch künftige Generationen mittragen helfen sollten.

Krisenbedingte Aufwendungen wiederum sind Ausgaben zur Erhaltung der Vollbeschäftigung bzw. zur Senkung der Arbeitslosenrate.

Unter den Begriff der unmittelbar einen Ertrag abwerfenden Geldanlagen fallen z. B. die Käufe vermietbarer Liegenschaften oder die meisten Investitionen unserer industriellen Werke.

Zu den weiteren Bemühungen, die Ausgaben in den Griff zu bekommen bzw. sie zu senken, schrieb die Regierung in ihren «Zielvorstellungen Basel 75» was folgt:

«Die Erreichung des gesetzten anspruchsvollen Zieles in bezug auf den öffentlichen Haushalt hat eine umfassende Bereinigung des Kataloges aller bisherigen staatlichen Tätigkeiten zur unabdingbaren Voraussetzung. Der Regierungsrat wird unmittelbar nach der Veröf-

fentlichung der <Zielvorstellungen> die entsprechenden Arbeiten einleiten, deren Ergebnisse gleichzeitig die Grundlagen für eine wirklichkeitsnahe Festlegung der Ziele in allen wichtigen Bereichen staatlicher Tätigkeit bilden, die in den <Zielvorstellungen> nicht enthalten sind . . .

. . . Von einer umfassenden, unvoreingenommenen Prüfung werden keine Aufgaben und keine Arten der Aufgabenerfüllung ausgenommen werden können. Es lässt sich schon jetzt voraussehen, dass dieses Bereinigungsverfahren für alle Beteiligten beschwerlich sein und zum Ergebnis führen wird, dass nicht wenige übernommene staatliche Dienstleistungen eingestellt oder eingeschränkt werden müssen».

Wie recht der Regierungsrat mit dieser letzten Feststellung hatte! Obwohl bis zum heutigen Zeitpunkt praktisch keine Dienstleistungen abgebaut oder gar eingestellt worden sind, zeigt das Beispiel des Personalkostenabbaus, mit welchen Einflüssen gerechnet werden muss, wenn kontinuierlich ein Ziel angestrebt wird und auch verwirklicht werden soll.

Was ist nun in den vergangenen Jahren aufgrund der eingangs geschilderten Neubesinnung und des Umdenkens geschehen oder erreicht worden? Trotz pessimistischen Prognosen sind die Steuereinnahmen von Jahr zu Jahr weiter gestiegen, allerdings nicht mehr im Verhältnis früherer Jahre. Aber auch die übrigen Einnahmen konnten dank bislang aufgeschobenen Gebühren-, Tarif- und Taxanpassungen laufend erhöht werden. Andererseits bewirkte der verfügte Personalstop und der anfangs strikte durchgeführte Personalabbau eine echte Beruhigung auf der Ausgabenseite. Aber auch die rollende Finanzplanung, darin eingeschlossen die In-

vestitionsprogramme und der zielbewusste Budget-Rahmen für die laufenden Ausgaben, zeigte positive Einwirkungen, wobei die sinkende Teuerung ebenfalls mithalf, die heutige Situation als gut bezeichnen zu lassen.

Rückblickend muss festgehalten werden, dass die eigentliche Finanzwende im Jahre 1973 eingesetzt hat und nunmehr die vielen positiven Elemente zum Tragen kommen und sich auch entsprechend auswirken. Der im Jahre 1977 erstmals wieder ausgewiesene Überschuss von 40 Mio. Franken ist mit Vorsicht zu betrachten bzw. zu beurteilen. Einerseits steht fest, dass in diesem Überschussbetrag eine sehr grosse Summe an Steuerrück- und -ausständen enthalten ist, die höchstens noch in den Jahren 1978 und 1979 anfallen wird. Andererseits stehen uns Investitionen und andere Ausgaben bevor, die speziell in den nächsten Jahren ins Gewicht fallen werden.

Es ist sicher erfreulich, dass die bisher getroffenen Massnahmen – von der Sparübung über den Finanzplan bis zur neuen Budgetierungsmethode – sowie das positive Verhalten aller Beteiligten zum überraschend guten Rechnungsabschluss geführt haben. Allzu viele Fragen in bezug auf die Rezession, die Bundesbeiträge, die Steuereintreibung, den Personalkostenabbau usw. sind indessen noch zu offen, als dass wir uns bereits heute gleichgültig oder gar überschwenglich geben können. Eine einzige Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Frühling.

Der erarbeitete Überschuss von rund 40 Millionen Franken wird nur dann von bleibendem Wert sein, wenn die bisher eingeleiteten Sparmassnahmen weitergeführt bzw. in Erinnerung behalten werden. Wir dürfen uns durch die erreichten Zahlen nicht trügen lassen oder kurz vor dem Ziel aussteigen. Regie-

rung und Grosser Rat sind es der Verwaltung und der Bevölkerung schuldig, das in den vergangenen Jahren immer wieder präsentierte Versprechen einer «ausgeglichenen» Rechnung einzulösen.

Zugegeben, der heutige Zeitpunkt ist für die Ignorierung der eigenen Ziele und zur Abga-

be neuer und anderer Versprechen geradezu ideal: Halbzeit der Legislaturperiode und die nächsten Wahlen in Sicht. Wir Politiker dürfen es uns aber nicht so leicht machen, wenn wir weiterhin glaubwürdig bleiben und das Geschick unseres Staatswesens in guten Händen haben wollen.